

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Botofina 5481, Tel. Nr.: Rotfahne Berlin. Berl.: Berlin, Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin N 28 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat“, Allgemeine Inseraten-Expedition GmbH, Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurier 1825/26, Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eta. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,80 M., einjähr. 28,00 M., Postbezug pro Monat 2,90 M., einjähr. 28,00 M., Streifenband im Ausland 4,50 M., im Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12geh. Spaltenzeile 55 Pf.; die 3geh. Spaltenzeile 2,50 M., Arbeiterorgan u. Familienanz.: 20 Pf., Kleinere Anz.: 20 Pf., Ueberschriften: 30 Pf., Arbeitsmarkt: 20 Pf.

Antifaschistische Aktion in den Tempelhof-Mariener Betrieben! (Siehe im Blatt)

Die AOB.-Führer marschieren ins Lager des Faschismus!

Vier Millionen Gewerkschafter sollen verhandelt werden / Arbeiter der Eisernen Front, her zur Antifaschistischen Aktion!

Es ist höchste Zeit, die Arbeiterschaft Deutschlands, vor allem die 4,5 Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, auf die außerordentlich ernstlichen Vorgänge aufmerksam zu machen, die sich in den Spitzen der Gewerkschaften abspielen. Die Graßmann und Lepart versuchen nicht mehr und nicht weniger, als die Gewerkschaften regelrecht ins faschistische Lager zu überführen.

Die Redaktion der „Roten Fahne“ ist im Besitz genauer Mitteilungen darüber, daß innerhalb der Führung der Eisernen Front der Gewerkschaftsflügel einen heftigen Vorstoß gegen die antifaschistische Aktivität unternommen hat, deren sich die Reichsbannerarbeiter bemächtigen. Dabei haben die AOB.-Bürokraten ganz offen den Standpunkt vertreten, daß man gegen den Faschismus nichts machen könne und daß es nötig sei, die Gewerkschaften in den Rahmen des faschistischen Regiments einzubauen.

„Der schönste Tag“ eines Reichsbannerführers

Diese alarmierende Tatsache erzählt eine hochbedeutende Besichtigung und Unterstreichung durch das, was sich vorgetan hat im Berliner Haus der Presse abgepielt hat. Dort entwickelte der Präsident des deutschen Landgemeindetages, der Faschist Dr. Gerete, vor den Vertretern der politischen, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und Wehrverbände, natürlich unter Ausschluß der Kommunisten, ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, das er durch zinslose Kreditföpfung finanzieren will, wobei die Steuerkraft der Bevölkerung als Deckung dienen soll. Es ist ganz klar, daß der Weg der „zinslosen Kreditföpfung“ unmittelbar an den Rand der Inflation hinföhrt und, wenn man sie vermeiden will, nichts anderes übrig bleibt als die Deckung in Anspruch zu nehmen, d. h. abermals neue Massenfeuern auszuföhren und einzutreiben.

So will man auf Kosten der Arbeitenden wieder „Arbeit“ verschaffen, indem man das Lebensniveau der Arbeiter weiter

senkt, dadurch die Abnahmefähigkeit einschränkt und am Ende eine neue Erhöhung der Erwerbslosigkeit erreicht.

Die Sensation des Tages war nicht dieses „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, das nur einen der vielen Versuche darstellt, auf Kosten der Proleten aus der Krise herauszukommen — die Sensation war vielmehr, was sich nach Geretes Vortrag ereignete.

Der Berliner Vertreter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Nazis, Kornemann, begrüßte Geretes Vorschlag und wünschte ihm vollen Erfolg. Darauf erhob sich der Generalsekretär des Reichsbanners, Gehardt, und gab eine Erklärung ab, die inhaltlich völlig mit der des Nazi-Überleitungsamtes übereinstimmte. Mit deutlichem Hinweis auf dessen Auftreten rief Gehardt emphatisch aus, der heutige Tag sei der schönste seines Lebens, weil sich hier zeigte, daß der Lebenswille des deutschen Volkes durchbroche. Als Gehardt geendet hatte, ertönte für mich der Beifall, in den auch der Nazi-Vertreter mit einstimmt.

Hier bahnt sich eine direkte sozialdemokratisch-nationalsozialistische Einheitsfront an. Aber es gibt noch andere Vorgänge, die zeigen, wie die reformistischen Führer sich an die Nazis heranbringen. Wir meinen die von uns bereits gemeldeten Geheimverhandlungen zwischen dem AOB.-Führer Kurtwängler und einem Nazi-Gewerkschaftsführer. Wir meinen solche widerwärtigen Anbiederungen, wie man sie in der sozialdemokratischen „AP-Korrespondenz“ findet, wo der bekannte Klotz zu den SPD-Anträgen im Reichstag schreibt:

„SPD. weist Nazi-Abgeordnete nicht zurück“

„Die Reichstagsabgeordneten der NSDAP. stehen vor ihrer Feuertaube. Wenn auch nur ein paar der Abgeordneten der NSDAP. die Hand reichen sollten, ... dann wird die Sozialdemokratie diese Hand nicht zurückweisen.“

Zunächst, so ist es. Die SPD-Führer reichen den Nazi-Abgeordneten die Hand, wie es die Gewerkschafts- und Reichs-

Proleten aus der SA., hört zu!

Adolf Hitler hat auch sein Wort gegeben, das Programm der NSDAP. sei „unumstößlich und unveränderlich“. Hitler hat sein Wort gebrochen! Hier ist der Beweis:

Gestrichen wurde der Satz: „Der wahre Unternehmer muß mit seinen Proleten bis an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen.“ Kastriert wurde der Satz: „Riesennbetriebe, Konzerne, Syndikate und Truste werden verstaatlicht.“

Es heißt jetzt „bekämpft“ an Stelle verstaatlicht. Ihr stellt diese Aenderungen fest, wenn ihr die 7. Ausgabe der von Gottfried Feder verfaßten Programmschrift „Der deutsche Staat“ mit der 6. Ausgabe vergleicht.

Die Trustkönige und Börsenspekulanten wollen „Ware für ihr Geld“, das sie in die Nazibewegung hineinstecken. Deshalb haben sie diese Aenderung befohlen! Hitler hat ihnen gehorcht!

bannerführer tun. Die Papen-Regierung, die außer der Reichsmehr nichts hinter sich hat als die Spitze der herrschenden Klasse, Junker, Truppherrn, Generale, Bürokratie und Nazi-Bonzen, begrüßt und fordert diesen Prozeß. So schreibt der Pressebeamte des „Lat-Kreises“, der den Nazis außerordentlich nahesteht und der Bildung des Präsidialkabinetts zustimmte:

„Jedes Präsidialkabinetts muß heute in sich Reflexen haben, die führen zur SPD. oder den Gewerkschaften heißen oder aber die Reflexen müssen im Hintergrund existieren, um dann wirksam werden zu können, wenn es notwendig sein sollte.“

Wenn es notwendig ist, das heißt, wenn die Arbeiter das faschistische Joch nicht länger tragen wollen — dann sollen, wie so oft, die reformistischen Führer einprägen, um den Kapitalismus zu retten. Und im Augustheft der „Lat“ wird schon frohlockend festgeschrieben:

„Die Einheit kann in der heutigen Situation nur in einer Annäherung zwischen dem Nationalsozialismus und den Gewerkschaften erblickt werden. Diese Annäherung scheint im Gange zu sein. Die nationale Haltung der Gewerkschaften in der Reparationsfrage gab den Anstoß dazu.“

Wir glauben, es genügt. Wir glauben, daß die deutschen Arbeiter reif genug sind, um sich aus den angeführten Tatsachen und Zitaten ein Bild zu machen, wohin der Kurs geht: Er geht auf die Koalition der braunen Pfeilträger mit den schwarzrotgoldenen Großmännern. So hofft die Reaktion, die antifaschistische Arbeiterfront zu sprengen. So gedenken die Millionäre vom Reichsverband der deutschen Industrie, die Tarifverträge schmerzlos zu lockern und zu zerföhren und die Löhne auf bequeme Weise zu senken. So meinen die Reichen ihre gefährdete Herrschaft wieder stabilisieren zu können.

Die Rechnung ist ohne euch gemacht, Arbeiter. Ranft in den Gewerkschaften, lauft in den Betrieben Sturm gegen die reformistischen Führer, die euch jeglichen Arges an den Faschismus verkaufen! Sie, die immer noch das Wort Sozialismus im Munde führen, haben den Sozialismus prostituiert, als sie euch zur Stöpfung Weirungs und zur Wahl Hindenburgs mißbrauchten. Jetzt schütten sie sich als linke Regenten Papas und bereiten ihre alttote Bundesgenossenschaft mit Hitler vor.

Die Zeit ist da, wo auch der letzte SPD- und Gewerkschaftsarbeiter den Trennungsschnitt zwischen sich und jenen ziehen muß, die ihn verkaufen. Die Zeit ist da, wo alles, was nur seiner Hände Arbeit oder den erbärmlichen Hungerunterstützungspennungen lebt, sich zur roten antifaschistischen Einheitsfront zusammenschließen muß, deren Aktion die ganzen Stütztreppengespränge und Antifaschistungen der braunen und schwarzrotgoldenen Kapitalagenten wie Spat zerföhren wird.

6000 Mann Bewagbelegschaft von neuem Lohnraub bedroht

Gesamtfindung bereits ausgesprochen / Entschlossene Gegenoffensive!

Die Verwaltung der Bewag (Elektrizitäts- und Wasserwerke Berlins) hat gestern der gesamten 6000 Mann starken Belegschaft, den Arbeitern wie den Angestellten, die Kündigung ausgestellt. Die Wieder Einstellung soll nur unter der Bedingung erfolgen, daß die Betroffenen sich bereit erklären, vom 1. Oktober an verkürzt zu arbeiten. Für die Arbeiter soll die 40stündige Arbeitswoche, für die Angestellten die 45stündige Arbeitswoche eingeföhrt werden. Da die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich erfolgen soll, bedeutet diese Maßnahme für die Angestellten eine unerhörte Gehaltskürzung von rund 6 Prozent, für die Arbeiter eine solche von 5 Prozent.

Somit bürgerlicher Presse sollen diesbezügliche Verhandlungen zwischen Verwaltung und Gewerkschaften „ergebnislos abgebrochen“ worden sein. Wenn das der Fall ist, so handelt es sich hier um ein freches Ablenkungsmanöver der Gewerkschaftsbürokratie; sich der Verantwortung für den neuen Lohnraub vor der Belegschaft zu entziehen. Abgesehen davon, daß die Verwaltung der Bewag in der Hauptsache von Sozialdemokraten besetzt ist,

ist die 40-Stunden-Woche, ohne Lohnausgleich das alte, hunderte Male von der Gewerkschaftsbürokratie und neuerdings von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geforderte sogenannte „Arbeitsbeschaffungsprogramm“.

Die Arbeiter und unteren Angestellten der Bewag beziehen Hungerlöhne. Sie werden und können nicht dulden, daß man neue Eingriffe in die Lohnstufe macht. Heute, wie nur den Reichstagswahlen, bieten die Kommunistische Partei und die NSD. den sozialdemokratischen Arbeitern, allen freigewerkschaftlichen Kollegen die Stubehand zum gemeinsamen Kampf gegen jeden Lohnraub, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Tretet in den Betrieben zusammen! Bildet Einheitsausschüsse des Kampfes! Fordert und erzwingt die sofortige Einberufung von Belegschaftsversammlungen, fordert und erzwingt gemeinsame Arbeitslosenkonferenzen der freigewerkschaftlichen Kollegen mit den NSD.-Genossen!

Zunächst, 40-Stunden-Woche, aber mit vollem Lohnausgleich, muß die Lösung und die Tat der Bewag-Belegschaft sein!